

Bundesarbeitsgemeinschaft



der Freien
Wohlfahrtspflege

09.03.2023

Jahresbericht 2022 des Fachausschusses Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

Vorsitz: Rainer Hub, Diakonie
Deutschland



Bürgerschaftliches Engagement (BE)

Die kontinuierlichen Schwerpunkte waren im Nachgang zu den engagementpolitischen Absichtserklärungen des Koalitionsvertrages vom Dezember 2021 eine Befassung hiermit und diese mit dem zum Sommer 2022 fertiggestellten [neuen BE - Grundsatzpapier der BAGFW](#), welches das von 2013 ablöst, aufzugreifen. Darin werden die Bedeutung, das Profil und der Auftrag des Engagements thematisiert. Für die im Koalitionsvertrag identifizierte Bundes-Engagement-Strategie setzt die Freie Wohlfahrtspflege auf den Dreiklang

- Zusammenhalt der Gesellschaft, die bürgerschaftliches Engagement gerade auch in Krisenzeiten braucht,
- ermutigende Rahmenbedingungen
- und den Möglichkeitsräumen, welche die Verzahnung von freiwilligem und beruflichem Engagement in den Strukturen der Freien Wohlfahrtspflege bietet.

Fortlaufend zu der 2020 errichteten Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE), erfolgen verschiedene Mitwirkungen der Freien Wohlfahrtspflege in den Gremien der DSEE. Neben dem Stiftungsrat können Interessen der Verbände durch einzelne Personen in den drei Fachbeiräten (FB) „Engagement und Digitales“, „Engagement und Infrastruktur inkl. Ländlichen Räumen“ und „Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt“ erfolgen.

Über die Gremien ist die BAGFW mit der DSEE in fachliche Diskurse eingestiegen. So fand dieses Jahr ein 2. Workshop am Sitz der DSEE in Neustrelitz statt. Diesem nachfolgend wurde Ende 2022 vereinbart eine 3.

Veranstaltung folgen zu lassen. Diese wird eingebettet in den Prozess der Bundes-Engagement-Strategie und soll voraussichtlich im 2. Quartal 2023 stattfinden.

Mit der DSEE ist ein wichtiger Schritt zur Stärkung bürgerschaftlichen Engagements getan, aber es ist weiter noch offen, ob sie auch zu einer verbesserten Vernetzung, mehr strategischer Kooperation, einer kraftvolleren Anerkennungskultur und allgemein besseren Rahmenbedingungen inkl. der Förderung von Engagement-Infrastrukturen für bürgerschaftliches Engagement in Deutschland beigetragen wird.

Während der COVID-19-Pandemie waren die bürgerschaftlich Engagierten inkl. den Freiwilligen und Hauptamtlichen in der Freien Wohlfahrtspflege für die Menschen da. Diese gewachsenen zivilgesellschaftlichen Strukturen in Deutschland, die zum Zusammenhalt und zur Resilienz der Gesellschaft beitragen, gilt es auch zum Ende dieser Krise bzw. danach zu sichern und zu stärken. Dabei wird es auch darum gehen die sozialen Folgen der Pandemie zu bewältigen. Wichtige Schritte seitens des FA waren auch im 3. Jahr der Pandemie der Auf- bzw. Ausbau digitaler Infrastruktur bis in die Gliederungen der Verbände. Hier bleibt weiter Engagement bzgl. Know-how und entsprechender Fortbildungen nötig.

Erfolgreich war weiter auch die Umsetzung des Projekts „Menschen stärken Menschen / Chancenpatenschaften“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, indem es Teil des Koalitionsvertrags geworden ist, insbesondere angesichts des Krieges in der Ukraine seit 23./24.2.22 und den damit neu verursachten Fluchtgründen, welche Menschen auch in sehr großer Zahl wieder nach Deutschland kommen ließ.

Freiwilligendienste (FWD)

In der Pandemie haben die Freiwilligendienste erneut unter Beweis gestellt, wie wertvoll sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Sie spielen gerade auch in diesen Zeiten eine wichtige Rolle dabei, insbesondere jungen Menschen einen Einblick, und vielfach auch Einstieg, in ein soziales Engagement oder einen sozialen Beruf zu bieten. Sie tragen damit zur Stärkung von Engagement in Deutschland bei. Nichtsdestotrotz bleibt festzuhalten, dass Jugendliche und junge Erwachsene die am stärksten von den Auswirkungen der Pandemie betroffenen Generationen zählen. Im Nachgang zu den Forderungen zur letzten Bundestagswahl und die Weiterentwicklung der Freiwilligendienste grundsätzlich betreffend, wurden zahlreiche Vorschläge anderer Akteure auch außerhalb der BAGFW diskutiert; u. a. auch durch einen Impuls des Bundespräsidenten. Jeweils galt es diese mit den Verbänden abzugleichen und sie haben die Arbeit des Fachausschusses mitgeprägt.

Im Ergebnis bedarf es keiner neuen Dienste, sondern einer Stärkung und einer Stabilisierung bestehender Angebote. In diese sind möglichst neue Zielgruppen zu integrieren. Begrüßenswert war daher endlich eine Umsetzung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die FWD in Form einer Projektförderung. Grundsätzlich hält die BAGFW aber an ihrer Forderung bzgl. eines breiten Inklusionsbegriff und entsprechenden Umsetzungsmöglichkeiten hierzu fest.

Um die positive Wirkung der Freiwilligendienste für das Gemeinwohl zu erhalten bzw. zu erweitern, müssen Freiwillige, Einsatzstellen, Träger und Zentralstellen Rahmenbedingungen vorfinden, die Bewährtes stärken und gleichzeitig den Raum geben, um Neues zu entwickeln, auch mit Blick auf

die Diskussionen im politischen Raum bzgl. eines gesetzlich geregelten Teilzeitfreiwilligendienst (mindestens 20 Stunden / Woche. Dessen Umsetzungsmöglichkeit kann zum Sommer 2023 erwartet werden.

All dies muss über den Berichtszeitraum hinaus weiterhin sowohl durch Lobbygespräche - insbesondere mit dem wieder neu eingesetzten Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement - seitens der Freien Wohlfahrtspflege mit anderen Verbänden und Zentralstellen sowie dem BMFSFJ erfolgen, als auch im Rahmen der Bundes-Engagement-Strategie berücksichtigt werden. Sodass (gesetzlich geregelte) Freiwilligendienste in den Bundeshaushalten 2023 ff. - hin zu dem Jubiläumsjahrgang 2023/24 mit 70 Jahre „zivilgesellschaftlicher Freiwilligendienst“ und 60 Jahre „Jugendfreiwilligendienstgesetz“ - weiterhin gesichert sind.

[Zum Seitenanfang](#)